die Bundesdeutsche dagegen, seit langem konstant, nur sechs bis sieben Paar.

Trotzdem wurden noch kurz vor Weihnachten 1955 in der Bundesrepublik weitere 400 Wirkmaschinen aufgestellt, von denen jede bis zu 150 000 Mark kostete.

In ihrer Absatznot verfielen die Hersteller auf den Gedanken, den Bundesbürgerinnen einzureden, daß es einer Dame nicht würdig sei, die Strümpfe nur täglich zu wechseln. Sie propagierten die „komplette Strumpfgarderobe" für die Morgen-, Mittags- und Abendstunde und animierten die Damenwelt zum Kauf dünnerer Strümpfe. So spekulierte Opal-Mitinhaber Schaffer: „Man sollte durchaus ... dafür sorgen, daß besonders der feine Strumpf in den Vordergrund gestellt wird ... Es steht hierbei fest, daß selbstverständlich ein enormer Mehrverbrauch dann gegeben wäre." Schaffer rechnete bereits mit einem zusätzlichen Jahres-Konsum von rund vierzig Millionen Paar, wenn man die westdeutschen Frauen und Mädchen dahin bringen könnte, nur noch Feinstrümpfe zu tragen.

Die Rechnung ging jedoch nicht auf. Zu der saisonbedingten Nachweihnachtsflaute kam ein ungewöhnlich harter Winter. Die Strumpffabrikanten blieben auf ihren vollen Lagern sitzen. Bei der strengen Kälte hüteten sich die Damen, hauchdünne Gespinste über die Beine zu ziehen. Sie trugen vielmehr Hosen und — weil man es darunter nicht sieht — dickere Wollstrümpfe. Die westdeutsche Strumpfindustrie durchlitt ihre erste ernsthafte Absatzkrise. Schaffers Opal-Kompagnon Peter Margaritoff klagt über diese Misere: „Wir hatten im ersten Quartal 1956 zwei Millionen Mark weniger Umsatz."

Der Strumpfindustrie blieb keine Zeit zur Erholung. Im Frühsommer wurde sie von einer Zollsenkung getroffen. Die Bundesregierung setzte den Einfuhrzoll für ausländische Garne und Strümpfe um fünf Prozent herab. Billige ausländische Nylons machten den einheimischen Strumpffabrikanten schwer zu schaffen.

Die überstürzte Entwicklung löste auf dem Strumpfmarkt wilde Preisschlachten aus. Nach dem Motto „Rette sich, wer kann" räumten die Strumpfherren ihre Lager und warfen erstklassige Markenstrümpfe zu Schleuderpreisen auf den Markt. Um aber „die Marke rein zu halten", rissen sie die Strümpfe aus ihren Firmentüten und steckten sie in namenlose Beutel. Kaufhäuser und Versandgeschäfte waren dankbare Abnehmer markenloser und qualitativ einwandfreier Strümpfe, die in Markenpackung merklich teurer waren.

Sie versahen die nunmehr anonyme Markenware angesichts der Vorliebe des deutschen Verbrauchers für Markenartikel mit eindrucksvollen Phantasienamen und brachten sie als „Hausmarken" an die Frau. Eingeweihte schätzten die Zahl dieser sogenannten Hausmarken auf etwa 4000. Meint der Geschäftsführer des Gesamtverbandes deutscher Wirkereien und Strickereien e. V., Dr. Eugen Eggensperger: „Die können gewechselt werden wie das Hemd."

Das Überangebot billiger, aber trotzdem guter „Hausmarken" führte zwangsläufig zu einem Preissturz der Markenstrümpfe. Seitdem ist unter den Strumpffabrikanten, die bis dahin friedlich jeder für sich produziert hatten, ein Zwist ausgebrochen. Vor allem Arwa und Opal befehden sich erbittert. Mit wechselndem Erfolg ärgern sich die Opal- und Miss-Germany-Manager Margaritoff und Schaffer und Arwa-Thierfelder mit einstweiligen Verfügungen.

Dies war die Situation, in der sich Emil Rössler aufgerufen sah, durch seine vermittelnde Initiative wenigstens in der Preisgebarung die Einheit der Branche wiederherzustellen.

GEMEINDEN

GARNISONSPLÄNE

Umfragen am Biertisch

Der Ratsherr Bernhard Haar, 41, SPD, Hauptlehrer an der evangelischen Volksschule zu Fürstenau im westlichen Niedersachsen, kann sich in dem wohligen Bewußtsein wiegen, in seiner Gemeinde, eben in Fürstenau — laut Prospekt des Fremdenverkehrsvereins „Muster einer Kleinstadt" — eine demokratische Tat vollbracht zu haben. Er hat dafür gesorgt, daß eine eminent wichtige Frage für die Stadt Fürstenau in aller Öffentlichkeit erörtert wurde und nicht ganz im geheimen: die Frage nämlich, ob zu den rund 4000 Einwohnern Fürstenaus noch 1000 Bundeswehrsoldaten kommen sollen.

Der Rat der Stadt hatte über diese Frage schon recht zeitig beraten, nämlich



Fürstenauer Stadtdirektor von der Haar
Wenn die Stadt Soldaten bekommt ...

im November 1954. Hinter verschlossenen Türen und unter Ausschaltung des einzigen Pressevertreters der Kleinstadt beschlossen damals die 15 Ratsherren (Zentrum 6, CDU 2, SPD 5, BHE 1, Parteilos 1), die Verwaltung solle sich um den Bau von Kasernen in Fürstenau bemühen.

Der Stadtdirektor Friedel von der Haar, der sich im Fürstenauer Rathaus vom Stift bis zu diesem Amt hochgedient hat — er ist mit dem Ratsherrn Bernhard Haar nicht verwandt —, ging bei seinen Bemühungen nun so vor, daß die Fürstenauer von allen Garnisonsplänen der Stadt zunächst nichts erfuhren. Er berief sich darauf, daß der Osnabrücker Regierungspräsident angeordnet habe, „vertraulich die Stimmung der Fürstenauer Bürger zu der beabsichtigten Maßnahme, Truppen zu stationieren, zu erforschen".

Stadtdirektor von der Haar betrieb diese vertrauliche Meinungsforschung in der Form, daß er sich im Juni 1955 mit drei guten Freunden am Biertisch zusammensetzte und sich die Meinung dieser drei Herren zum Thema anhörte. Diese drei Freunde waren Geschäftsleute, die von einer Belegung der Stadt mit Bundeswehrsoldaten Auftrieb für ihre Unternehmen erhoffen durften. Nach dieser Umfrage war es dem Stadtdirektor von der Haar klar, daß die Bevölkerung Fürstenaus nichts gegen Soldaten in der Stadt einzuwenden hätte.

Streng vertrauliche Behandlung aller Bundeswehrpläne Fürstenaus schien dem Stadtdirektor und auch dem Bürgermeister der Stadt, dem Hotel-, Gastwirtschafts- und Kinobesitzer Paul Landwehr, aber auch weiterhin angezeigt. Schwierigkeiten drohten nur von den fünf sozialdemokratischen Ratsherren.

In der Ratssitzung vom 15. Dezember 1955 stellten die fünf SPD-Ratsherren denn auch tatsächlich den Antrag, eine Bürgerversammlung einzuberufen, in der die Garnisonspläne bekanntgemacht werden sollten. Die Sozialdemokraten stützten ihren Antrag auf die Niedersächsische Gemeindeordnung, nach der die Bürger in geeigneter Weise über wichtige Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zu unterrichten sind. Aber die bürgerlichen Ratsherren lehnten den SPD-Antrag mit ihrer Mehrheit ab.

Ventil gegenüber dem straffen Dienst

Da aber pochte dem Ratsherrn Bernhard Haar so stark das Gewissen, daß er sich an die Schweigepflicht nicht mehr gebunden glaubte. Er diktierte ins Protokoll die Erklärung, der Rat der Stadt habe, indem er eine so entscheidende Frage den Bürgern vorenthalten wolle, gegen die Grundauffassungen demokratischen Denkens und gegen die bindenden Vorschriften der niedersächsischen Gemeindeordnung verstoßen.

Er, Bernhard Haar, werde nun alles tun, um die Fürstenauer Öffentlichkeit aufzuklären. „Daß die Frage der Stationierung von 1000 Soldaten in einem Städtchen von rund 4000 Einwohnern eine unwichtige Angelegenheit sei, wird man, ohne zu erröten, wohl kaum behaupten können."

Angesichts der Drohung des Ratsherrn Haar, die Fürstenauer aufzuklären, unternahm Bürgermeister Paul Landwehr einen letzten verzweifelten Versuch, seine Ratsherren zur Räson zu bringen: Er stellte die Frage, ob in Fürstenau 1000 Soldaten stationiert werden sollen, als ein militärisches Geheimnis hin. An alle Ratsherren ließ er ein Rundschreiben abgehen, in dem es heißt: „Die Geheimhaltung des zur Verhandlung gestellten Punktes war durch dienstliche Anordnung vorgeschrieben ... Nach der Praxis der Gemeindeverwaltung sind unbedingt vertraulich alle Landesverteidigungs- und Abwehrsachen und alle Angelegenheiten des Verfassungsschutzes. Die in der letzten Sitzung behandelte Angelegenheit dürfte unter diese Anordnung fallen."

Bürgermeister Landwehr drohte den Ratsherren dienststrafrechtliche, bürgerlich-rechtliche und strafrechtliche Folgen an, falls sie die Schweigepflicht in Sachen Garnison verletzten. Der Ratsherr Bernhard Haar jedoch bewies Mannesmut. Er war entschlossen, keine Kosten und Mühen zu scheuen, um die Stationierung von 1000 Bundeswehrsoldaten von Fürstenau abzuwenden. Ohne zunächst die Zusammenhänge zu erkennen, stellte er überrascht fest, daß die Regierung in Osnabrück weder von einer dienstlichen Geheimhaltungs-Anordnung etwas wußte, auf die sich Bürgermeister Landwehr berief, noch dem Stadtdirektor eine „vertrauliche Meinungsforschung" empfohlen hatte

Die Regierung in Osnabrück wußte noch nicht einmal, daß in Fürstenau Bestrebungen im Gange waren, Bundeswehr in die kleine Stadt zu holen.

Der Ratsherr Bernhard Haar begann nun einen wohldurchdachten Feldzug gegen alle Garnisonspläne seines Bürgermeisters. Der Herausgeber des „Bersenbrücker Kreisblattes" stellte ihm eine ganze Seite seines Organs zur Verfügung, und am 23. Mai 1956 konnten die Fürstenauer Bürger lesen, welche Gefahren ihnen drohten, falls auf jeden vierten Einwohner ein Soldat entfiele.

„Frei von jeder Parteipolitik" entrüstete sich Bernhard Haar, der es in der Wehrmacht bis zum Feldwebel gebracht hatte: „Jeder, der einmal Soldat war, weiß, daß sich in einer Garnisonsstadt bald Ansätze eines dunklen Gewerbes zeigen, das nicht von Männern ausgeübt wird und das auch kaum Gewerbesteuer aufbringen dürfte."

Auch mit seiner Auffassung über die moralischen Qualitäten der Bundeswehrsoldaten hielt er nicht zurück: „Die jungen Leute, die eingezogen werden, sind gerade dem Halbstarken-Alter entwachsen. Wesen und Charakter zeigen noch nicht die Festigkeit, die dem gewollt soldatischen Auftreten in der Öffentlichkeit entspricht. Gerade in der Dienstzeit findet hier eine Festigung der ‚doppelten Moral' statt. Man darf zwar auf der einen Seite im Dienst nicht auffallen, man darf aber andererseits nach Dienstschluß — und gerade das betrifft die Bevölkerung der Stadt — die übelsten alkoholischen und sexuellen Ausschreitungen begehen — Hauptsache, man ist beim Zapfenstreich wieder in der Kaserne."

Und mit viel Verständnis für die Eigenart des militärischen Lebens: „Es ist eine weitere Erfahrungstatsache, daß die Vorgesetzten meist wohlwollend ihre Blicke von dieser Seite des Soldatenlebens abwenden, weil sie spüren, daß gegenüber dem straffen Dienst irgendein Ventil sich auftun muß."

An derartigen Argumenten konnten die Vertreter der katholischen Kirche in Fürstenau keinesfalls vorübergehen. In Hermann Tatchen, Lehrer an der katholischen Volksschule und Mitglied des katholischen



Fürstenauer Bürgermeister **Landwehr** ... ist das ein militärisches Geheimnis



HENKELL TROCKEN



Mit Henkell begonnen, glücklich das Jahr!

Kirchenvorstands, fand Bernhard Haar einen Mitstreiter.

Tatchen sorgte dafür, daß die sechzehn Schullehrer Fürstenaus alle konfessionellen Gegensätze vergaßen und gemeinsam ihre Namen unter eine Resolution setzten, in der es hieß. „Es ist eine unleugbare Erfahrungstatsache, daß jede Garnison eine unwiderstehliche Anziehungskraft auf das Dirnenwesen ausübt. Solche Schattenseiten lassen sich vor der Schuljugend nicht verbergen."

Die Lehrer Bernhard Haar und Hermann Tatchen konnten befriedigt feststellen, daß allmählich die Mehrzahl der Fürstenauer Bürger mit ihnen einer Meinung war, und — allerdings ohne Erfolg — eine Bürgerversammlung forderte.

Unterdessen aber hatten Bürgermeister Paul Landwehr und Stadtdirektor von der Haar ihre Garnisonspläne schon außerordentlich weit vorangetrieben. Sie hatten für Kasernenbauten das Gelände der Fürstenauer Markgenossenschaft ausgesucht, um es der Bundesvermögensverwaltung zu offerieren. Die Markgenossenschaft, eine Vereinigung von 150 alteingesessenen Bürgern des Städtchens Fürstenau, die insgesamt über 178 Anteile verfügen, ist eine Realgemeinde, die aus einem 570 Hektar großen Gebiet durch Forstwirtschaft finanziellen Nutzen zieht und im vergangenen Jahr einen Gewinn von 16 000 Mark erzielen konnte, der an die Markgenossen ausgeschüttet wird.

170 Hektar dieses Gebietes hatte Stadtdirektor von der Haar für die Fürstenauer Garnison ausgesucht, und es war ihm gelungen, nicht nur die Bundesvermögensverwaltung für diesen Flecken zu interessieren, sondern auch die Mehrzahl der Genossen für einen Verkauf. Die Bauern und Handwerker ließen sich durch die finanziellen Vorteile eines Verkaufs, die der Stadtdirektor ihnen schmackhaft zu machen verstand, beeindrucken und beauftragten den Vorstand der Genossenschaft, Verhandlungen mit der zuständigen Bundesvermögensverwaltung aufzunehmen.

Kurz darauf reiste eine Sonderkommission der Bundesvermögensverwaltung in Fürstenau an, um sich durch Augenschein einen Eindruck von dem angebotenen Gelände zu verschaffen. Am Schluß ihrer Besichtigung erklärten die Herren, das Gelände sei für die Zwecke der Bundeswehr geradezu ideal. Mit 103 gegen 65 Stimmen beschlossen die Markgenossen am 19. Oktober, der Bundesvermögensverwaltung das Gelände zum Preise von durchschnittlich 1,20 Mark je Quadratmeter anzubieten. An diesen Vorschlag wurde die Bedingung geknüpft, daß der Verkaufserlös an die einzelnen Genossen ohne jeden Steuerabzug ausgezahlt werden solle.

Die Kommission der Bundesvermögensverwaltung hatte Fürstenau eben verlassen, als den Lehrern Bernhard Haar und Hermann Tatchen die moglichen Motive des Bürgermeisters und des Stadtdirektors in ihrem Kampf, Fürstenau zu einer Garnisonsstadt zu machen, klar wurden. Denn alsbald beeilten sich Bürgermeister Paul Landwehr und Stadtdirektor Friedel von der Haar, die bis dahin nicht Markgenossen waren, je einen Anteil der Markgenossenschaft zu kaufen. Vier. Tage nach der Abreise der Kommission legten die beiden je 4000 bare Mark einem Markgenossen in Bremen auf den Tisch, der noch nichts von dem regen Interesse der Bundesvermögensverwaltung an dem 170 Hektar großen Geländestück der Fürstenauer Genossenschaft gehört hatte. Der Bremer Genosse wurde nicht einmal stutzig, als Bürgermeister Landwehr und Stadtdirektor von der Haar die Anteile jeder mit 1500 Mark überzahlten. Der Handelswert eines Anteils beträgt nämlich nur 1800 bis 2500 Mark. Nach dem Verkauf des Geländes an den Bund werden jedem Markgenossen etwa 12 000 Mark ausgezahlt werden.



Stadtrat und Lehrer **Haar**
Warnung vor dem Dirnenwesen

Sagt Ratsherr Haar: „Dann haben beide Herren mit einem Schlage einen durch reine Spekulation erzielten steuerfreien Gewinn von zusammen 16 000 Mark erzielt."

Fraglich ist nun, ob die Fürstenauer jene schon so weit gediehenen Pläne wieder werden zurückdrehen können. Bürgermeister Landwehr ist bei den Kommunalwahlen am 28. Oktober nicht wiedergewählt worden. Er kann sich nun ganz seinem Hotel, seiner Gastwirtschaft und seinem Kino widmen.

STUDENTEN

OST-KONTAKTE

Begegnung in Dresden

Die Uhr im Hörsaal des Seminargebäudes der Universität Göttingen — in dem der Studentenrat tagte — zeigte vierundzwanzig Minuten nach Mitternacht, als die entscheidende Phase der Aussprache uber den Antrag des Studenten der Theologie Jürgen Küppers begann. Der Studentenrat möge beschließen, so hieß es in dem Antrag, daß der Allgemeine Studentenausschuß aufgefordert werde. so bald wie möglich Kontakt mit der studentischen Vertretung einer polnischen Universität aufzunehmen.

Der Landesvorsitzende des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten, Stiewe, hatte sich in den spaten Abendstunden des 12. Dezember schon ablehnend zu dem Antrag geäußert. Danach hatte sich der Student der Chemie Gunnar Clasen, 25. erhoben, um die Annahme des Antrags zu empfehlen.

Student Clasen hatte vor kurzem gemeinsam mit zehn Kommilitonen mehrere Tage lang die Technische Hochschule in Dresden besucht. In Dresden begegnete er in der Gemäldegalerie unter dem Bild der „Sixtinischen Madonna" einer Gruppe polnischer Studenten. Man kam ins Gespräch. Der Gast aus Westdeutschland wurde mit Fragen bestürmt, und um die Unterhaltung fortsetzen zu können, traf er gleich eine feste Verabredung: „Morgen abend sehen wir uns wieder in der Mensa." Zu diesem Termin war nach dem Plan der Funktionäre der TH Dresden eine Diskussion zwischen westdeutschen, mitteldeutschen und polnischen Studenten angesetzt.

Doch diese Schau-Aussprache fand nicht statt. Gunnar Clasen glaubt heute zu wissen, was die Gastgeber veranlaßte. die westdeutschen und die polnischen Besucher möglichst getrennt voneinander zu halten. Schon als die Göttinger in Dresden aus dem Interzonenzug kletterten. hatten sie am Empfang gemerkt, daß ihr Besuch einen halboffiziellen Charakter bekommen hatte. Die westdeutschen Studenten sollten sogar am „Vierten Jugendforum der FDJ-Kreisleitung in Dresden" teilnehmen.

Sie taten das dann aber nicht nur als schweigsame Zuhörer, sondern produzierten sich als kritische Akteure auf der Buhne der überfüllten Stadthalle.

Gunnar Clasen sekundierte am Mikrophon seinem Kommilitonen Figge. der gesagt hatte: „Wir sollten die Fehler der Vergangenheit vergessen und nach einem gemeinsamen Weg zur Wiedervereinigung suchen." Clasen empfahl unbefangen: Freie Wahlen unter internationaler Kontrolle, Zulassung der SPD in Mitteldeutschland, Aufhebung des KPD-Verbotes im Westen,

Wie im vorigen Jahr wünschen wir unseren Geschäftsfreunden in dieser Form ein

erfolgreiches Friedensjahr 1957

Auf den Versand von Glückwunschadressen haben wir in diesem Jahr zugunsten der Ungarnhilfe des Roten Kreuzes verzichtet.

BOSWAU & KNAUER
Aktiengesellschaft

Hoch-, Tief-, Stahlbetonbau,
Spannbetonbau, Ingenieurbau,
Sägewerk

BOSWAU & KNAUER
Baugesellschaft m.b.H., Berlin